

Next:Public

## Studie belegt deutliche Souveränitätslücken

**[17.12.2025] Die öffentliche Verwaltung aller Ebenen ist stark von außereuropäischen IT-Anbietern abhängig. Eine neue Studie unterfüttert diesen Befund erstmals mit konkreten Zahlen. Vor allem bei Standardsoftware zeigt sich ein struktureller Lock-in. Die Umstellung von On-Premise-Systemen auf Cloud-Dienste könnte ein möglicher Ausweg sein.**

Die Abhängigkeit von außereuropäischen IT-Anbietern – mit Implikationen wie Daten- und Ausfallsicherheit, steigenden Lizenzkosten und Stagnation der technologischen Weiterentwicklung – ist in der aktuellen Debatte über die digitale Verwaltungstransformation sehr präsent. Doch wie steht es wirklich um die digitale Souveränität von Bund, Länder und Kommunen? Die Beratungsagentur [Next:Public](#) hat jetzt eine Studie veröffentlicht, die dieser Frage erstmals umfassend nachgeht. Das [Souveränitätsbarometer der öffentlichen IT](#) erfasst systematisch, wie Verwaltungen ihre Abhängigkeiten, ihre Gestaltungsspielräume und ihre technologische Basis einschätzen. Dabei wird deutlich: Die digitale Unabhängigkeit der Verwaltung ist in zentralen Bereichen stark eingeschränkt. 65 Prozent der Befragten sehen eine starke oder sehr starke Abhängigkeit von außereuropäischen IT-Anbietern – bei Kommunen sogar 70 Prozent. Die Zahlen zeigen, dass digitale Souveränität in vielen Bereichen noch nicht gewährleistet ist.

### Standardsoftware ist ein Nadelöhr

Die stärksten Abhängigkeiten bestehen dort, wo tägliche Verwaltungsarbeit stattfindet: bei Bürosoftware (81 Prozent), Betriebssystemen (77 Prozent) und Kollaborationstools (47 Prozent). Fachverfahren bilden die Ausnahme – hier nutzen viele Verwaltungen nationale oder selbst entwickelte Lösungen. Der operative Alltag bleibt damit ein zentraler Schwachpunkt für die digitale Souveränität, so Next:Public. Nur eine sehr kleine Minderheit der Verwaltungen kann IT-Lösungen flexibel wechseln. Technische Komplexität, fehlende Alternativen und hohe Wechselkosten schaffen strukturelle Barrieren. Mehr als 40 Prozent können weniger als ein Viertel ihrer Fachverfahren intern oder über öffentliche IT-Dienstleister anpassen. Fehlende Ressourcen und Kompetenzen verstärken diesen Zustand weiter. Zwei Drittel bewerten ihre Wechselmöglichkeiten bei internationalen IT-Lösungen als unflexibel oder sehr unflexibel.

### Cloud-Transformation als Chance

Die aktuelle IT-Infrastruktur ist weitgehend noch nicht cloudifiziert. In der Cloud-Transformation, die in vielen Verwaltungen gerade erst am Anfang steht, sieht Next:Public eine zentrale Herausforderung und zugleich eine strategische Chance. Wenn souveräne Cloud-Angebote aus Deutschland und Europa – sowohl von öffentlichen IT-Dienstleistern als auch von privatwirtschaftlichen Anbietern – systematisch gestärkt würden, könne die Verwaltung zugleich moderner, sicherer und unabhängiger werden. Für den bevorstehenden Wandel hin zu Cloud-Diensten „brauchen wir klare politische und technische Rahmenbedingungen, starke öffentliche IT-Dienstleister und souveräne europäische Cloud-Angebote. Verwaltungen sollten solche Alternativen dort, wo sie verfügbar sind, mit angemessenem Gewicht in ihren Vergabe- und Auswahlprozessen berücksichtigen. Die kommenden Jahre sind entscheidend“, betont Next:Public-Geschäftsführer Carsten Köppl.

Die Studie basiert auf einer quantitativen Befragung von IT-Verantwortlichen aus Bund, Ländern und Kommunen. Sie geht zurück auf eine Initiative von Next:Public mit Unterstützung der Partner Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT), Next, Dataport, govdigital, Infora, MACH und Materna.

(sib)

Stichwörter: Digitale Souveränität, Next:Public, Studie